

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Stadtteilnahe Projekte von Ortsbeiräten und „Sozialer Stadt“ als Zukunftsinvestitionen

Nachtragshaushalt der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2009

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	93	Zentrale Finanzen
Produktbereich:	93.01	Zentrale Finanzen
Produktgruppe:	93.01.04	Umsetzung von Zukunftsinvestitionen

Der Anschlag bei den investiven Ausgaben von 70 050 T€ bleibt unverändert.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

a)

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	39	Finanzen
Kapitel:	3996	Umsetzung von Zukunftsinvestitionen
Titel:	811 40-8	Erwerb eines kombinierten Einsatzbootes (Feuerwehr/Polizei)

Der Anschlag wird für das Jahr 2009 von 3 000 000 € um 3 000 000 € auf 0 € verringert.

b)

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	39	Finanzen
Kapitel:	3996	Umsetzung von Zukunftsinvestitionen
Titel:	n. n.	Maßnahmen in sozial benachteiligten Stadtteilen (Soziale Stadt)

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2009 von 1 500 000 € eingestellt.

c)

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	39	Finanzen
Kapitel:	3996	Umsetzung von Zukunftsinvestitionen
Titel:	n. n.	Stadtteilbezogene Maßnahmen der Ortsbeiräte

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2009 von 1 500 000 € eingestellt.

Erläuterung:

Zu II. a)

Wir beantragen, die Mittel für die Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt sowie die Mittel für die Projekte der Beiräte statt des Polizeibootes in die Umsetzung der Zukunftsinvestitionen aufzunehmen. Ersatzweise sollen die Mittel durch zusätzliche Kreditaufnahme finanziert werden.

Zu II. b)

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht des Senats hat genau wie der Armutsbericht der Arbeitnehmerkammer von 2008 eine Fülle von Fakten geliefert, die die zunehmende soziale Spaltung der Stadt Bremen belegen. Ein eingeführtes Instrument zur Verbesserung der sozialen Lage in den besonders benachteiligten 16 Stadtteilen ist das Programm „Soziale Stadt“. Die dort eingestellten Mittel sind investive Mittel, die auch nicht unter die in § 4 des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG) aufgeführten Investitionen fallen, die aufgrund Doppelförderung von der Förderung aus dem ZuInvG ausgeschlossen sind. Das zuständige Bauressort hat einige Projekte im Bereich „Soziale Stadt“ eingereicht, die jedoch nicht berücksichtigt worden sind. Der Fraktion DIE LINKE. sind diese Projekte trotz entsprechender Anfrage nicht zugänglich gemacht worden. Es ist bekannt, dass es in den sozialen Brennpunkten Bremens genügend Investitionsbedarf für kleinere und größere Projekte gibt, deren Umsetzung sofort oder innerhalb der nächsten Monate in Angriff genommen werden kann. Die vorstehend eingestellten Mittel ermöglichen es, in diesen 16 armen Stadtteilen Bremens eine Reihe von Verbesserungen vorzunehmen, deren positive Auswirkungen einer großen Anzahl von armen und sozial benachteiligten Bremerinnen und Bremen zugute kommen.

Die uns bekannt gewordenen Projekte umfassen beispielsweise den Ausbau eines vorhandenen Kinder- und Jugendzentrums zum Quartierszentrum, Gestaltung der Außenanlagen von Jugendzentren, Renovierung einer Ausgabestelle der Bremer Tafel (wöchentlich von 6000 Menschen genutzt), Photovoltaikanlagen auf Bürgerhäusern sowie eine Reihe von weiteren, ähnlichen Projekten. Da die endgültige Liste der zusätzlich finanzierten Projekte dem Bund laut ZuInvG erst Ende Mai 2009 genannt werden muss, ist noch Zeit genug, in Zusammenarbeit mit den Quartiersmanagern/-innen und den Stadtteilgruppen die hier eingestellten Mittel von 1,5 Mio. € auf konkrete, in vorgeschriebener Art und Weise umsetzbare Vorhaben zu übertragen.

Zu II. c)

Bei der Anforderung von Projektvorschlägen sind die Beiräte nicht berücksichtigt worden. Viele Stadtteilparlamente haben mit entsprechenden Beschlüssen gegen diese Nichtbeachtung protestiert und eigene Projekte benannt. Die solcherart eingebrachten Vorhaben sind jedoch bei der Auswahl der Projekte für das Konjunkturpaket II übergangen worden. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. muss ein zentrales Ziel einer für die Bewohnerinnen und Bewohner Bremens anschaulichen und nachvollziehbaren Politik sein, die Beiräte und Ortsämter zu stärken, um mehr Bürgernähe für stadtteilbezogene Entscheidungen sicherzustellen. Von den Beiräten vergebene Mittel kommen Vorhaben im Stadtteil zugute, die von interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorgeschlagen werden und eine direkte positive Auswirkung auf das Quartiersleben haben. Insofern sind die Beiräte in besonderem Maße geeignet, kleinteilige und stadtteilnahe Projektmittel zu vergeben.

Die von den Beiräten vorgeschlagenen Projekte umfassen beispielsweise Straßensanierungen, Solaranlagen für ein Bürger- und Sozialzentrum, Einrichtung von Freizeittreffs, Erstellung einer Skaterbahn, die Einrichtung eines Quartiersbusservice sowie eine Reihe von weiteren, vergleichbaren Projekten. Da die endgültige Liste der zusätzlich finanzierten Projekte dem Bund laut ZuInvG erst Ende Mai 2009 genannt werden muss, ist noch Zeit genug, in Zusammenarbeit mit den Beiräten die hier eingestellten Mittel von 1,5 Mio. € auf konkrete, in vorgeschriebener Art und Weise umsetzbare Vorhaben zu übertragen.

Klaus-Rainer Rupp,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.